

Einleitung

Die menschenverachtende Kampagne, die das „Bürgergeld“ seit seiner Einführung nahezu ununterbrochen begleitet, erreicht im aktuellen Bundestagswahlkampf einen vorläufigen Höhepunkt. Deswegen haben wir aus den Wahlprogrammen 2025 der größeren Parteien die drei Armutsthemen Bürgergeld, Mindestlohn und Wohnungslosigkeit herausgenommen und die wichtigsten Aussagen in einer Synopse nebeneinandergestellt um einen schnellen Überblick zu geben. In einigen Spalten stehen eher allgemeine Aussagen, oder es gibt keine Angabe, was daran liegt, dass wir bei der jeweiligen Partei nicht mehr gefunden haben. Wir wollen dem Thema Armutsbekämpfung mehr Gewicht in den politischen Auseinandersetzungen verschaffen.

Sozialleistungsbeziehende, also Menschen die von Armut betroffen sind, werden beschimpft, beleidigt und ausgegrenzt. Armut ist ein strukturelles Problem. Menschen werden oder sind arm, weil die Gesellschaft ihre Möglichkeiten zur Überwindung von Armut nicht ausschöpft. Menschen, die in Armut leben, fehlt die Ermutigung und die Möglichkeiten, selbstbestimmt eigene Wege zu gehen.

Bürgergeld

Das Bürgergeld wurde mit dem Versprechen eingeführt, „Hartz IV“ und übermäßige Härten gegenüber Leistungsbeziehenden, zu überwinden und die Leistungen besser und zielgenauer zu gestalten. Die Diskussion über das Bürgergeld ist geprägt durch die umfassende Diskriminierung von Betroffenen. In Armut lebenden Menschen wird unterstellt, sie seien faul und arbeitsunwillig

Wer arm ist, wird häufig als dafür selbst verantwortlich und leistungsfern beschuldigt. Kaum thematisiert wird hingegen, ob der Erwerb von Erbschaften oder Vermögen mit persönlicher Leistung verbunden ist. Dieser offene Widerspruch prägt nach wie vor die gesellschaftlichen Debatten und Machtdiskurse.

Das Existenzminimum wird heruntergerechnet, die Regelsätze sind niedrig. Zwar gab es 2024 eine deutliche Erhöhung, diese blieb aber noch hinter den inflationsbedingten Kaufkraftverlusten der Vorjahre zurück.

Der höchste Regelbedarfsstufe für Alleinstehende beträgt momentan 563€ monatlich. Das sind am Tag 18,50€. Davon muss alles finanziert werden wie Verpflegung, Transport, Kleidung. Auch muss davon eine Rücklage für eventuelle Neuanschaffungen getätigt werden. Ein Leben vom Regelsatz bedeutet in Armut leben und von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgegrenzt zu sein.

Mindestlohn

Löhne müssen armutsfest sein und mit der Preisentwicklung Schritt halten. Der gesetzliche Mindestlohn soll vor Ausbeutung und Dumpinglöhnen schützen und einen Mindestschutz der Beschäftigten gewährleisten. Er ist die absolute Untergrenze für die Bezahlung von Arbeit und soll verhindern, dass Menschen trotz Arbeit in Armut leben. Die letzte Erhöhung des Mindestlohns in Deutschland glich nicht einmal die Inflation aus. Deshalb muss der Mindestlohn dringend deutlich angehoben werden.

Obdachlosigkeit und Wohnungsnot

Die Wohnungsnot in Deutschland wird zu einem immer größeren Problem. Viel zu viele Menschen sind wohnungslos oder sorgen sich um ihre Wohnsituation und müssen mit Mieterhöhungen, Mietvertragskündigungen wegen Eigenbedarf und prekären, unsicheren und unzumutbaren Wohnverhältnissen umgehen. Kündigungen können jeden durch Zahlungsverzug oder Eigenbedarfskündigung treffen. Zahlungsverzug entsteht nicht selten durch überhöhte Mieten, weswegen ein Schutz vor unangemessenen Mieterhöhungen wichtig ist.

Obdachlosigkeit bedeutet ein vollkommen ungeschütztes Leben in absoluter Armut und muss mit allen Mitteln im Sinne der betroffenen Menschen bekämpft werden. Angemessener Wohnraum ist die Grundlage eines menschenwürdigen Lebens.